

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

Generationengerechte Volkswirtschaft – Chancen durch Vollbeschäftigung

Einleitung

Wie kaum eine andere Wirtschaftsnation ist die deutsche Volkswirtschaft schnell und gestärkt durch die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre gekommen. Eine Kombination aus kluger, zurückhaltender Lohnpolitik zusammen mit ausgewogenen Konjunktur stützenden Maßnahmen der Bundesregierung haben dazu beigetragen, dass die Krise schneller als bei unseren Partnern überstanden und wesentliche Folgen für den Wirtschaftsstandort vermieden wurden. Nach Jahren konjunktureller Schwäche steht die Bundesrepublik Deutschland nun wieder als Wachstumslokomotive Europas an der Spitze des europäischen Aufschwungs.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat am Beispiel der Vereinigten Staaten auf erschreckende Weise gezeigt, dass die von einem übermächtigen Dienstleistungssektor gestützte Philosophie des Wachstums durch Konsum auf Pump nicht funktioniert. Eine Volkswirtschaft wie die USA oder das Vereinigte Königreich kann nicht dauerhaft ohne nennenswerte industrielle Wertschöpfung, alleine durch den Dienstleistungssektor bestehen. Ein derartiger Sektor wird immer in einer funktionierenden und wachsenden Volkswirtschaft benötigt.

Die deutsche Volkswirtschaft hat sich hier mit einem sehr starken und innovativen mittelständischen Industriesektor zusammen mit industrienahen Dienstleistungen als besonders solide erwiesen. Der industriellen Wertschöpfung des deutschen Mittelstands ist es zu verdanken, dass unsere Volkswirtschaft die schwerste Wirtschaftskrise seit dem Zweiten Weltkrieg so gut überstanden hat.

Die Politik hat nun die Pflicht, die Kraft des Aufschwungs zu nutzen, um dringend benötigte Reformen an Arbeitsmarkt und Sozialstaat durchzuführen und die enorme Staatsverschuldung zurückzufahren, um den Wohlstand unseres Landes zu sichern.

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

28 **Generationengerechtigkeit durch Vollbeschäftigung**

29 Der demographische Wandel bürdet der jungen Generation in unserem Land große Aufgaben
30 auf, für deren Bewältigung in der Vergangenheit zu wenige effektive Maßnahmen eingeleitet wurden.
31 Die junge Generation verweigert sich diesen Herausforderungen nicht. Ohne ein
32 ausreichendes Arbeitsplatzangebot ist es jedoch schlicht unmöglich bei dem
33 voranschreitenden demographischen und strukturellen Wandel den Wohlstand in unserem
34 Land zu sichern. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein sieht es daher als Verantwortung
35 gegenüber der jungen Generation alle politischen Instrumente zur Erreichung des
36 historischen Ziels der Vollbeschäftigung auszuschöpfen.

37 Ziel der Politik auf dem Weg zur Vollbeschäftigung muss es sein eine größere Teilhabe aller
38 Bevölkerungsschichten am Arbeitsmarkt sicherzustellen. Dazu müssen vor allem die
39 Arbeitschancen von Langzeitarbeitslosen, Älteren, sowie Menschen ohne Ausbildung deutlich
40 verbessert werden. Obwohl auch weiterhin ein Anteil von gering qualifizierten Arbeitsplätzen
41 vorgehalten werden muss, sollten die Arbeitnehmer zum Beispiel durch Fortbildungsmaßnahmen
42 kontinuierlich gefördert werden. Insgesamt müssen stärkere Anreize geschaffen werden, um von
43 Arbeitgeberseite wieder höhere Löhne einzuführen und Lohndumping zu bekämpfen. Die Möglichkeit
44 des Aufstockens durch staatliche Unterstützung muss Ausnahme bleiben und darf von den
45 Unternehmen nicht ausgenutzt werden, um Personalkosten zu drücken. Dafür sind in den
46 verschiedenen Branchen ggf. Mindestlöhne einzuführen, die von den jeweiligen Tarifparteien
47 verhandelt und flächendeckend für alle Unternehmen gelten, egal ob diese Mitglied im
48 Unternehmensverband sind oder nicht. Bei der Ausschreibung von staatlichen Aufgaben ist streng
49 darauf zu achten, ob bei den eingereichten Angeboten diese Mindestlöhne berücksichtigt wurden.
50 Niedrige Löhne sind weiterhin von der Einkommensteuer zu befreien bzw. mit höheren Freibeträgen
51 zu versehen.

52 Um Frauen und jungen Familien den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern, muss die
53 Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessert werden. Mittlerweile laufen junge
54 Akademikerinnen ihren männlichen Kollegen an Zahl und Qualität den Rang ab. Eine
55 vielversprechende Karriere endet dann oft bei der Wahl zwischen Familie und Beruf. Gut
56 qualifizierte Frauen sind in Anbetracht des hohen Bedarfs nach Fachpersonal unverzichtbar.
57 Ebenso braucht Deutschland mehr Kinder. Die Herausforderung ist folglich, die Interessen
58 hier nicht gegeneinander auszuspielen, sondern positive Entwicklungen in beiden Bereichen

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

zu schaffen. Hier gilt es vor allem von dem alten Gedanken von permanenter Präsenz am Arbeitsplatz Abstand zu nehmen. Wo es möglich ist, sollte es jedem Arbeitnehmer mit Familie auch die Arbeit zu Hause ermöglicht werden.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- einen niedrigeren Eingangssteuersatz und höhere Freibeträge für niedrige Einkommen
- mehr Home-Office zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Der deutsche Arbeitsmarkt

Arbeitslosigkeit muss endlich als gesamtstaatliches Problem erfasst und behandelt werden. Jeder Bürger muss die Möglichkeit haben, nach seinen Fähigkeiten einer Beschäftigung nach zu gehen um selbst für sich und seine Familie sorgen zu können. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein sieht Arbeit hierbei nicht nur als Mittel zur wirtschaftlichen Selbsterhaltung sondern auch als wesentlicher Bestandteil menschlicher Identifikation und Mittel zur gesellschaftlichen Integration. Ziel einer Reform des Arbeitsmarktes muss es daher sein, den Vollbeschäftigungskorridor bei einer Arbeitslosenquote von 2-5% zu erreichen.

Die schon populistische Debatte um gesetzliche Mindestlöhne in Deutschland muss zu einem rationalen Abschluss gebracht werden. Mindestlöhne müssen in Deutschland möglich sein, dürfen dabei aber kein politisches Instrument für Wahlkämpfe sein. In Deutschland gilt die verfassungsrechtlich garantierte Tarifaufonomie. Mindestlöhne dürfen daher nicht durch die Politik, sondern nur durch Tarifabschlüsse durch die Tarifparteien zustande kommen. Langfristig spricht sich die JUNGE UNION Schleswig-Holstein für die Einführung eines negativen Einkommensteuermodells aus. Das bedingungslose Grundeinkommen nach dem Althausmodell (Option 1: 600€ netto + 50 Prozent Einkommenssteuer/ Option 2: 200€ netto + 25 Prozent Einkommenssteuer) setzt die richtigen Anreize auch für gering Qualifizierte und reduziert erheblich den Verwaltungsaufwand für Transferleistungen.

Um Arbeitslosen weiterhin den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, darf der Kündigungsschutz künftig kein Hemmnis zur Einstellung neuer Mitarbeiter sein. Bei

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

betriebsbedingten Kündigungen muss es dem Arbeitgeber auch zukünftig möglich sein, in dem Sozialplan neben sozialen Aspekten auch stärker als bisher für den Betrieb relevante, wirtschaftliche Aspekte bei der Auswahl zu berücksichtigen. Ziel muss es allerdings sein, Kündigungen zu vermeiden um somit einen Know-How-Verlust der Angestellten und einen damit verbundener Qualifikationsverlust zu vermeiden. Krisenerprobte Instrumente wie die Kurzarbeit sind also beizubehalten.

Wir benötigen eine grundlegende Reform der Bundesagentur für Arbeit (BA) und eine Abschaffung der Arbeitslosenversicherung. Die BA soll somit als Verwaltungsträgerin der Arbeitslosenversicherung abgeschafft werden. Ihre Aufgaben sollen zukünftig steuerfinanziert werden, wodurch Arbeitslosigkeit zu einer von allen getragenen gesamtstaatlichen Aufgaben wird. Arbeitssuchende sollen dann künftig wie Angestellte behandelt werden. Sie erhalten von der BA ihren Lohn in Form von ALG 1 und haben sich für sie bereit zu halten. Ziel ist, dass die BA in Form von Gelegenheits- und Aushilfsarbeiten, sowie durch weitreichende Qualifikations- und Weiterbildungsmaßnahmen permanent einen geregelten Arbeitsalltag, ähnlich dem einer beruflichen Tätigkeit gewährleistet, um den Know-How Verlust der Arbeitslosen so gering wie möglich zu halten. Ein geregelter Tagesablauf soll den Arbeitslosen helfen nicht in einen Trott der Arbeitslosigkeit zu verfallen, der eine spätere Gewöhnung an eine Beschäftigung erschwert.

Die Bundesagentur für Arbeit soll sich so zu einer richtigen Serviceagentur, die Arbeitslosigkeit aktiv bekämpft und nicht nur verwaltet, entwickeln.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- die Debatte um Mindestlöhne in Deutschland rational zu beenden
- eine Lockerung des Kündigungsschutz
- die Abschaffung der Arbeitslosenversicherung einhergehend mit einer steuerfinanzierten Arbeitslosenunterstützung
- die BA als Dienstleistungsagentur zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

113 **Sozialsysteme**

114 Die deutsche Sozialversicherung, die seit ihrer Einführung durch Otto von Bismarck vor fast
115 130 Jahren weltweit einmalig ist und den Menschen ein dichtes Netz der sozialen
116 Absicherung bietet, stößt an die Grenzen ihrer Belastbarkeit und wird ohne einschneidende
117 Reformen die Aufgaben der Zukunft nicht meistern können. Das Sozialversicherungssystem
118 Deutschlands beruht im Wesentlichen auf der Umverteilung von arbeitenden
119 Leistungserbringern zu häufig nicht arbeitenden Leistungsempfängern. Dabei wird der Faktor
120 Arbeit neben der Besteuerung durch die Sozialabgaben zusätzlich belastet. In einer
121 Gesellschaft, in der es ein gesundes Verhältnis zwischen Alt und Jung, sowie arbeitender und
122 nicht arbeitender Bevölkerung gibt, stellt dies noch kein Problem dar. Der demographische
123 Wandel verschiebt diese Balance in Deutschland in den nächsten Jahren jedoch immer weiter
124 zu Lasten der Erwerbsbevölkerung. Eine immer älter werdende Bevölkerung, mit immer
125 weniger jungen Menschen, hat bei dem bestehenden Umverteilungssystem automatisch zur
126 Folge, dass immer weniger junge Menschen für immer mehr alte Menschen das System
127 aufrechterhalten müssen. Dass dies auf Dauer nicht funktionieren kann, liegt auf der Hand.

128 Die gestiegene Lebenserwartung der Deutschen darf nicht als Fluch, sondern muss als
129 Chance begriffen werden. Eine längere Lebenserwartung und ein damit verbundener längerer
130 Leistungsbezug der Sozialsysteme muss selbstverständlich auch zu einer längeren
131 Lebensarbeitszeit führen. Die JUNGE UNION Schleswig- Holstein fordert

132 hierbei die Einführung eines flexiblen, branchenspezifischen Renteneintrittskorridors, der
133 den Menschen ermöglicht den Zeitpunkt ihres Renteneintritts freier zu gestalten. Den
134 Menschen sollte es ermöglicht werden das Alter ihres Renteneintritts frei zu wählen, ab dem 70.
135 Lebensjahr sollte der Kündigungsschutz wegfallen. Den Menschen müssen hierbei verschiedene
136 Optionen zu Renteneintrittsalter und daraus resultierender Rentenhöhe gemacht werden.
137 Weiterhin müssen Menschen, die sich in ihrem Leben für Kinder entschieden haben in der
138 Altersversorgung besser gestellt werden, als solche die sich gegen Kinder entschieden haben
139 und so womöglich höhere Einkommen erzielen konnten. So ist im Rahmen einer
140 einzuführenden Mindestrente die Erziehung von Kindern zu berücksichtigen.

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

141 Ziel der Reform des Sozialsystems ist es, den Anteil der Kapitaldeckung und somit der
142 Eigenverantwortung eines jeden zu erhöhen, um die Umverteilung zu Lasten der jüngeren
143 Generation zu reduzieren. Wir brauchen stabilere und geringere Sozialbeiträge, um die
144 Nettolöhne und somit den Faktor Arbeit zu entlasten. Generell ist im Gegenzug zur Senkung
145 der Sozialbeiträge der Anteil der Steuerfinanzierung zu erhöhen und somit die
146 Verantwortung gegenüber dem Sozialsystem zu vergemeinschaften. Dies muss jedoch mit
147 einer deutlich einfacheren, aber aufgabengerechteren und höheren Besteuerung von
148 Einkommen und Vermögen einhergehen.

149 Eine Reform des Systems alleine wird jedoch nicht ausreichen. Es wird auch ein realistischer
150 Leistungsabbau in der Sozialversicherung nötig sein. In der Rentenversicherung müssen noch
151 größere Anreize zur privaten Vorsorge gesetzt werden, um eine Stagnation der Renten durch
152 private Ersparnisbildung abzufangen. Da es dem Staat zurzeit nicht gelingt, frühzeitige
153 Rückstellungen für die Altersversorgung der Beamten zu bilden und diese der jüngeren
154 Generation überlässt, muss auch hier etwas passieren. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein
155 fordert daher, dass mindestens 50% der kalkulierten Pensionsverpflichtungen von den
156 Dienstherrn zurückzustellen sind. Weiterhin muss sich die Bemessungsgrundlage der
157 Pensionen ändern. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher, dass zur Bemessung
158 der Pensionshöhe nicht die letzten Bezüge, sondern wie bei Rentenversicherten, eine
159 Berechnung über die gesamten durchschnittlichen Bezüge erfolgen muss.

160 Auch in der gesetzlichen Krankenversicherung brauchen wir mehr Eigenverantwortung und
161 damit auch mehr Kapitaldeckung. So könnte durch einen weiteren Aufgaben- und
162 Leistungsabbau in der gesetzlichen Krankenversicherung der Versicherungsbeitrag gesenkt
163 werden. Die Versicherten könnten sich dann damit für gewisse Leistungen nach ihrer Wahl
164 ergänzend privat zusatzversichern. Generell gilt es, in der gesetzlichen Krankenversicherung
165 den Anteil der Eigenverantwortung zu erhöhen, um private gesundheitliche Prävention noch
166 rentabler zu machen. Prävention sollte besser belohnt/ entlohnt werden. Jeder Patient muss
167 zukünftig eine Abrechnung über die erfolgte Leistung erhalten, um mehr Transparenz zu
168 erreichen. So sind die etwa durch Tabak- und Alkoholkonsum entstehenden gesundheitlichen
169 Risiken und die hierdurch verursachten Behandlungskosten neben einer stärkeren

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

170 Besteuerung der Genussmittel in Härtefällen auch auf die Beiträge zur Krankenversicherung
171 umzulegen. Eine Reduzierung der gesetzlichen Krankenkassen ist anzustreben.

172 Jeder, dem es möglich ist einer Beschäftigung nachzugehen und dafür nicht von
173 Sozialtransfers abhängig zu sein, muss dies auch tun. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein
174 spricht sich deshalb dafür aus, die Arbeitslosenunterstützung in Deutschland an klare
175 Bedingungen zu knüpfen. Arbeitslosenunterstützung nach dem jetzigen ALG I sollte
176 zukünftig aus Steuereinnahmen generiert werden sowie kürzer und degressiv gezahlt
177 werden. Dies erhöht die Eigenverantwortung der Arbeitslosen möglichst schnell wieder eine
178 Beschäftigung aufzunehmen. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein lehnt hierbei auch eine
179 Sonderbehandlung von älteren Arbeitslosen ab. Gerade bei Arbeitslosen über 50 Jahren ist es
180 besonders wichtig, dass diese schnell wieder einer Beschäftigung nachgehen, da der Know-
181 How-Verlust bei ihnen besonders schnell voranschreitet und eine erneute Beschäftigung bei
182 längerer Arbeitslosigkeit immer unwahrscheinlicher wird.

183 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- 184 • eine längere Lebensarbeitszeit mit flexiblen Renteneintrittsmodellen
- 185 • den Anteil der Kapitaldeckung in der Sozialversicherung zu erhöhen
- 186 • eine Anpassung der Bemessungsgrundlage für Beamtenpensionen
- 187 • mehr Eigenverantwortung in der Krankenversicherung
- 188 • eine Flexibilisierung und Steuerfinanzierung der Arbeitslosenunterstützung

189

190

191 **Chancen durch Bildung**

192 Der sich anbahnende Fachkräftemangel in Deutschland wird ohne entschlossene Reaktion
193 der Politik zu einem großen, wohlstandsgefährdenden Problem für den Standort
194 Deutschland. Der Fachkräftemangel kann nur durch ein ernstes Bekenntnis der Politik zur
195 Bildungsrepublik und einer gezielten Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften bekämpft

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

196 werden. Dabei sollten wir mehr als in der Vergangenheit die mögliche Vielfältigkeit unserer
197 föderalen Bildungslandschaft nutzen und einen stärkeren Wettbewerb zwischen den
198 Bildungssystemen der einzelnen Bundesländern nutzen. Dabei ist es mit Sicherheit von
199 Vorteil, dass wir durch die heutige Struktur auf regionale Besonderheiten und
200 Herausforderungen eingehen können.

201 Wir brauchen weniger Umverteilung und Gleichmacherei in der Sozialpolitik, wenn wir mehr
202 Geld in die Bildung investieren. Durch Bildungsinvestitionen verbessern sich die beruflichen
203 Chancen eines Jeden und somit werden spätere Folgekosten im Sozialsystem spürbar
204 reduziert.

205 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher schon jetzt eine ausgewogenere und
206 sozialverträglichere Bildungsfinanzierung. Bildungseinrichtungen, die ohne
207 Zugangsvoraussetzung von allen besucht werden, wie Kitas, müssen beitragsfrei werden und
208 somit jedem, unabhängig vom Einkommen der Eltern und sozialer Herkunft, zugänglich sein.
209 Hier gilt es vor allem in der frühkindlichen Bildung anzusetzen, um Kinder aus bildungsfernen
210 Schichten schon frühzeitig zu integrieren, um spätere Niedrig- und Unterqualifikation zu
211 vermeiden. In einer Übergangsphase, in der noch keine Renditen im Sozialsystem durch
212 bessere Bildung eingefahren wurden, muss der freie Zugang zu Kitas durch einheitliche und
213 ausgewogene Sozialstaffeln im ganzen Land sichergestellt werden.

214 Die Schulausbildung hat sich weit stärker als bisher den beruflichen und universitären
215 Realitäten anzupassen. Bis heute war es allzu häufig der Fall, dass die Schulen völlig am
216 Ausbildungsmarkt vorbei ausgebildet haben. Der Fokus muss weit stärker auf das Erlernen
217 von Methoden gerichtet sein. Um die Schüler bei der Wahl des späteren Berufs zu
218 unterstützen, müssen Schulen, Arbeitgeber und Universitäten speziell in den höheren
219 Jahrgängen im Rahmen von Messen und Informationsveranstaltungen eng
220 zusammenarbeiten.

221 Wir benötigen in Deutschland zukünftig noch mehr hochqualifizierte Hochschulabsolventen.
222 Eine rein staatliche Finanzierung der Hochschulen kann den quantitativen und qualitativen
223 Ausbau des Hochschulsektors derzeit jedoch nicht alleine realisieren. Daher sind die
224 Universitäten von zusätzlichen Unterstützungen, wie Studiengebühren und Zuwendungen

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

225 aus der freien Wirtschaft abhängig. Der Wirtschaft muss es ermöglicht werden, sich im
226 Rahmen von Stiftungsuniversitäten an der Mitfinanzierung der Hochschulbildung zu
227 beteiligen. Die Unabhängigkeit der Universitäten muss gewährleistet bleiben. Weiterhin
228 werden auch Studenten/Akademiker ihren Beitrag zur Qualitätssteigerung im
229 Hochschulsystem durch nachgelagerte Studiengebühren beizutragen haben.

230 Generell muss es Ziel der Bildungsrepublik Deutschland sein, das lebenslange Lernen in den
231 Vordergrund zu stellen. Wir brauchen nicht nur mehr staatliche Bildungsinvestitionen,
232 sondern auch die Wirtschaft als Arbeitgeber muss mehr in die Bildung ihrer Angestellten
233 investieren. So erhöht sich das Know-How der Angestellten, was im Falle von
234 Arbeitsplatzverlust schneller zu einer Wiederbeschäftigung führt. Weiterhin wird so auch der
235 Wert von älteren Arbeitnehmern erhöht, da sie ständig weiter geschult werden und auf dem
236 aktuellsten Stand von Technik und Wissenschaft bleiben.

237 Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

- 238 • eine gezielte Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften sollte bei daraus
239 resultierenden Arbeitsmarktmechanismen (z.B. „Lohnexplosion“) geprüft und in
240 Erwägung gezogen werden
- 241 • Vorteile des Bildungsföderalismus mehr nutzen
- 242 • eine einheitliche landesweite Sozialstaffel für KiTas
- 243 • nachgelagerte Studiengebühren
- 244 • lebenslanges Lernen als Verantwortung für Politik und Arbeitgeber

245

246 **Unsere Chance durch die Soziale Marktwirtschaft**

247 Die JUNGE UNION Schleswig Holstein sieht die Soziale Marktwirtschaft nach Ludwig Ehrhard
248 weiterhin als einziges generationen- und sozialgerechtes Wirtschaftssystem für die
249 Bundesrepublik Deutschland. Nur die Soziale Marktwirtschaft ermöglicht einen Ausgleich

Beschlossen auf dem 64. Schleswig-Holstein-Tag am 28. und 29. Oktober 2011 in Büsum

250 zwischen Stark und Schwach sowie Jung und Alt in unserem Land. Ihr haben wir den breiten
251 sozialen Wohlstand in unserem Land zu verdanken.

252 Der demographische Wandel zwingt uns jedoch zu Korrekturen am bestehenden System. In
253 zu vielen Bereichen ist es zu einer Durchmischung von Staat und Wirtschaft gekommen,
254 andere Bereiche entziehen sich jedoch zumindest teilweise staatlicher Aufsicht und ihrer
255 Verantwortung gegenüber dem Wirtschaftsstandort. Wir brauchen in Deutschland eine
256 stärkere Rückbesinnung auf die Kräfte des freien Wettbewerbs, der jedoch durch schlanke
257 aber starke staatliche Organe überwacht wird. Der Staat hat sich hierzu aus nicht
258 zwingenden, nicht gemeinschaftlichen Aufgaben, wie zum Beispiel den Landesbanken
259 zurückzuziehen und staatliche Subventionen zu unterlassen. Generell sind marktverzerrende
260 staatliche Einflüsse zu unterbinden. In diesem Bereich herrscht in herrscht in den
261 Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft leider noch zu wenig Einsicht. Daher
262 brauchen wir unter der Federführung von Deutschland und Frankreich eine gemeinsame
263 Strategie zur Überwindung des nationalstaatlichen Wirtschaftsprotektionismus in Europa.

264 Eine moderne leistungsfähige Volkswirtschaft benötigt auch ein angemessenes modernes
265 Steuersystem. Der Staat muss mit seinen Einnahmen für die kommenden Aufgaben des
266 demographischen Wandels vorsorgen, daher hält die JUNGE UNION eine
267 Steuersenkungsdebatte zum jetzigen Zeitpunkt für falsch. Wir brauchen jedoch dringend ein
268 einfacheres Steuersystem, das Ausnahmetatbestände abschafft, Personen mit niedrigem
269 Einkommen und Familien mit Kindern entlastet, sowie eine stärkere Mitfinanzierung des
270 sozialen Netzes ermöglicht. Unser Land muss das Motto „Bildungsrepublik Deutschland“ zu
271 tiefst verinnerlichen. Nur durch eines der höchsten Bildungsniveaus können wir den
272 Wohlstand in unserem Land sichern. Dazu gehört, dass wir mit einer guten und
273 flächendeckenden frühkindlichen Bildung und Entwicklung alle erreichen. Dazu gehört, dass
274 wir mit qualifizierten Schulen und Universitäten die jungen Menschen unseres Landes gut
275 ausbilden und dazu gehört, dass wir uns durch lebenslanges Lernen weiterqualifizieren und
276 unser Bildungsniveau halten. Nur so können wir den Wohlstand unseres Landes für
277 kommende Generationen erhalten und ihnen eine faire Existenzgrundlage ohne Erblasten
278 bieten.